

nach § 26a LNatG M-V geschützte Einzelbäume

Schwalbenhaus / Fledermauskasten

Innerhalb des Geltungsbereiches sind Abfallbehälter auf dem eigenen Grundstück unterzubringen. Die Standorte von Müllbehältern sind im Geltungsbereich mit Verkleidungen oder durch Einfriedungen aus lebenden Hecken, Pergolen und Holzzäunen zu umschließen. Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die gestalterischen Festsetzungen verstößt, handelt rechtswidrig im Sinne des § 84 Abs. 1 Nr. 1 LBauO M-V und kann mit Bußgeld geahndet werden. III. FESTSETZUNGEN FÜR GRÜNORDNERISCHE MARNAHMEN UND AUSGLEICHSMARNAHMEN (§ 1a Abs. 3 BauGB, § 9 Abs. 1 Nr. 15, Nr. 20 und Nr. 25 BauGB i.V.m. Abs. 6 BauGB und i.V.m. § 9 Abs. 1a BauGB) 1.1 Die festgesetzten privaten Grünflächen mit der Zweckbestimmung "Parkanlage" sind im Bereich der festgesetzten Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft entsprechend der Festsetzungen unter III.2.1 und III.2.2 zu entwickeln. Außerhalb der Maßnahmenflächen sind die Grünflächen parkartig, mit Gehölzen unterschledlicher Arten anzulegen und dauerhaft zu pflegen. Es sind ausschließlich standortheimische Arten gemäß Punkt III.4 Pflanzliste zu verwenden. Innerhalb der Flächen sind Anlagen der Sportund Freizeitnutzung, Spielflächen, Geh- und Radwege sowie Kommunikationsflächen zulässig. Nicht bepflanzte oder nicht genutzte Grünflächen sind als extensiv gepflegte Wiesenflächen anzulegen. Fußläufige Verbindungen und Parkwege sind mit kleinteiligem Material (Pflaster) zu befestigen oder als wassergebundene Decke herzustellen. 2 Die mit der Zweckbestimmung "Wiesenfläche" festgesetzten privaten Grünflächen sind entsprechend der Festsetzung unter III.2.3 zu 1.3 Die Vorgartenbereiche innerhalb der Sondergebietsflächen sind als Grün- oder Vorgartenfläche gärtnerisch zu gestalten. Die Unterbrechung des Vorgartenbereiches, der durch den Bereich zwischen straßenseltiger Baugrenze und Straßenbegrenzungslinie definiert ist, ist nur für Zu-2. MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (§ 1a Abs. 3 BauGB, § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) Die mit KM1 festgesetzte Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft im Westen des Plangebietes ist als geschlossene Heckenanpflanzung zu entwickeln. Die Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und die zum Erhalt festgesetzten Gehölzstrukturen sind entsprechend der Festsetzung III.3 und III.4 zu behandeln. ie mit KM2 festgesetzte Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft im zentralen Teil des Plangebietes ist als Ausgleich für die Rodung von nach §20 LNatG M-V geschützten Heckenabschnitten als Gehölzbereich zu entwickeln. Di Anpflanzungen sind gemäß Punkt III.3 und Punkt III.4 Pflanzliste durchzuführen. Die mit KM3 festgesetzte Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft ist extensiv durch Mahd zu pflegen. Dabei sind Saumstrukturen entlang der Uferrandbereiche, der gemäß Landesnaturschutzgesetz M-V geschützten Kleinge-wässer zu erhalten und zu fördern. Das Mahdgut ist von den Flächen zu entfernen. Der Einsatz von Dünge- bzw. Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig. Die innerhalb der Maßnahmenfläche vorhandenen und gemäß Landesnaturschutzgesetz M-V geschützten Kleingewässer sind einschließlich ihrer Uferrandbereiche zu erhalten und vor möglichen Beeinträchtigungen zu schützen. Mindestens 30 % der Uferböschung ies östlichen Gewässers sind in einer Breite von 3,0 m sukzessiv zu entwickeln und durch einen Zaun zu schützen Erforderliche Pflegemaß nahmen, wie die Entschlammung der Gewässer und die Pflege von Kopfweiden sind zulässig und mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Im Rahmen der Einteitung des Niederschlagswassers sind zur Vorreinigung (Sandfang, Ölabscheider) außerhalb der Teiche anzulegen. Die Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und die zum Erhalt festgesetzten Gehöltstrukturen sind entsprechend der Festsetzung III.3 und III.4 zu behandeln.2.4 Kompensationsmaßnahme KM4Als Ausgleich für die Beeinträchtigung von nach §26a LNatG M-V geschützten Bäume ist nehalb der privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage ein helmischer und standortgerechter Laubbaum anzupflanzen. Die Pflanzung ist entsprechend der Festsetzung III.4 durchzuführen. 2.5 Kompensationsmaßnahme KM5 Mit der festge-setzten Kompensationsmaßnahme KM5 werden für die Artengruppe der Fledermäuse mindestens 5 Fledermauskästen angebracht, um den Verlust potentieller Sommerquartiere auszugleichen. Die Fledermauskästen sind mit freiem Anflug an den Bäumen im Bereich der Kleingewässer anzubringen. Die Fledermauskasten sind dauerhaft zu erhalten und bei Verlust gleichwertig zu ersetzen. 2.6 Kompensationsmaßnahme KM6Mit der festgesetzten Kompensationsmaßnahme KM6 wird durch die Herstellung eines Schwalbenhauses im Bereich der festgesetzten Maßnahmenflächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft der Verlust potentieller Nistplätze für die Mehl-2.7 Minimierungsmaßnahme M1Bei der Herstellung von baulichen Anlagen, Nebenanlagen sowie Ver- und Entsorgungsanlagen ist zum Schutz der vorhandenen Gehölze im Wurzelbereich die DIN 18920 "Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnamen" anzuwenden. Der Wurzelbereich definiert sich aus der Kronentraufe des Gehötzes zuzüglich 1,50 m. Zum Schutz von nach § 26a LNatG M-V geschützten Einzelbäurne sind Nebenanlagen und Garagen innerhalb der Sondergebiete - Ferienhausgebiete gemäß § 10 Abs. 4 BauNVO nur außerhalb des Wurzelbereiches dieser geschützten Bäurne zulässig. 2.8 Minimierungsmaßnahme M2Zur Minimierung der Beeinträchtigungen der Tierwelt sind die Bautätigkeiten zeitlich auf 6 bis 22 Uhr zu 3. ANPFLANZUNG VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN UND BINDUNGEN FÜR DIE BEPFLANZUNG UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE GEWÄSSERN (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB) 3.1 Die Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind mit heimischen und standortgerechten Gehölzen zu bepflanzen und dauerhaft zu erhalten. Bei flächigen Strauchpflanzungen ist ein Pflanz- und Reihenabstand von 1,00 m - 1,25 m einzuhalten. Arten und Pflanzqualitäten sind gemäß Punkt III.4 Pflanzliste zu verwenden. Die Anpflanzungen sind wildsicher zu umzäunen.

PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN FÜR DIE SATZUNG ÜBER DIE 1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES Nr. 10 DER GEMEINDE HOHENKIRCHEN (BEBAUUNGSPLAN Nr. 10 DER EHEMALIGEN GEMEINDE GRAMKOW) FÜR DIE FERIENWOHNANLAGE "GUTSHOF BECKERWITZ" (§ 10 Abs. 4 BauNVO)
Innerhalb der Ferienhausgebiete sind nach § 10 Abs. 4 BauNVO Ferienhäuser und Ferienwohnungen zulässig, die aufgrund ihrer Lage, Größe Ausstattung, Erschließung und Versorgung für den Erholungsaufenthalt geeignet und dazu bestimmt sind, überwiegen d und auf Dauer einem wechselnden Personenkreis zur Erholung dienen. Innerhalb des Gebietes sind Anlagen der touristischen Infrastruktur, die zur Versorgung des Sebietes und sportlichen Zwecken, dienen zulässla. nnerhalb des Sondergebletes sind nur zulässig - Ferienhäuser und Ferienwohnungen, - Elnrichtungen für Sport, Fitness, Sauna, Wellness, Schwimmbad, Shop, Kiosk. Darüber hinaus sind innerhalb des Sondergebietes nur ausnahmsweise zulässig

- Drei Wohnungen für Dienst-, Aufsichts- und Bereitschaftspersonen, und nur soweit sie der Betreuung abgeschlossener Einheiten dienen und der Zahl der zu betreuenden Ferienhäuser bzw. Ferienwohnungen jeweils deutlich untergeordnet sind. Innerhalb des Sondergebietes sind unzulässig - Wohnungen im Sinne einer allgemeinen Wohnnutzung. 2. BAUWEISE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB) Für die Flächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist sämtlich die offene Bauweise zulässig. Innerhalb des Plangebietes sind nur Als Bezugspunkt für Höhenangaben gilt die mittlere Geländehöhe des für die Überbauung festgesetzten Grundstückstells, das innerhalb der festgesetzten Baugrenzen liegt. Die Bezugspunkte sind in Planzeichnung festgesetzt. Die konstruktive Sockelhöhe darf eine Höhe von 0,30 m über dem Bezugspunkt nicht überschreiten. Das Maß der Sockelhöhe bezieht sich auf den vertikalen Abstand zwischen der Oberkante des erdgeschossfußbodens (Rohbau) und dem Bezugspunkt. Die Oberkante Erdgeschossfußboden (Rohbau) darf jedoch auch nicht unter dem Bezugspunkt liegen. Die Traufhöhe wird mit maximal 3,80 m über den Bezugspunkt festgesetzt. Die Firsthöhe wird mit maximal 8,60 m über ı Bezugspunkt festgesetzt. Als Traufnöhe wird die Höhe der äußeren Schnlitkante der Außenwand des aufgehenden Mauerwerks mit der Dachaußenhaut bezeichnet. Unter Firsthöhe ist die Höhe der oberen Dachbegrenzungskante, also der äußere Schnittpunkt der beiden Dachschenkel, zu verstehen. Maßgebend ist das eingedeckte Dach.Ausnahmen von den Festsetzungen zur Höhenlage sind zulässig, wenn ihre Einhaltung zu einer unzumutbaren Härte führen würde. Die Ausnahme von der Höhenfestsetzung darf jedoch nicht zu einer Verletzung der städtebaulichen Grundzüge der Planung führen. 4. NEBENANLAGEN, GARAGEN UND STELLPLÄTZE(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB, §§ 1 2 und 14 BauNVO)Außerhalb der Baugrenzen sind maximal zwei Garagen oder zwei Stellplätze oder zwei Anlagen in Kombination zulässig. Nebenanlagen und Garagen dürfen über die straßenseltige Baukante des Hauptgebäudes nicht hervortreten. Die höchstzulässige Zahl der Wohnungen wird je Einzelhaus mit je einer Wohneinheit festgesetzt. Innerhalb der als von der Bebauung freizuhaltenden Flächen - Sichtflächen (S) - ist die Errichtung baulicher Anlagen jeglicher Art nicht zulässig. In den festgesetzten Sichtflächen sind Bepflanzungen und Einfriedungen mit einer Höhe von mehr als 0,80 m über der Fahrbahn des zugehörigen Straßenabschnittes unzulässig. Ausgenommen hiervon sind freistehende Einzelbäume mit einer Kronenansatzhöhe von 2,50 m. Innerhalb der als von der Bebauung freizuhaltenden Flächen - Wurzelschutzbereich von Bäumen (WS) - sind in den Sondergebieten - Ferienhausgeblete gemäß § 10 Abs. 4 BauNVO Nebenanlagen und Garagen nur außerhalb des Wurzelbereiches von nach §26a LNatG M-V geschützten Einzelbäume zulässig. Der Wurzelbereich definiert sich aus der Kronentraufe des Gehölzes zuzüglich 1,50 m. Zur Versorgung des Plangebietes erforderliche Flüssiggastanks dürfen nur unterirdisch errichtet werden. . MIT GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHTEN BELASTETE FLÄCHEN Diese Flächen werden zugunsten der Anlieger und zugunsten der Ver- und Entsorger festgesetzt II. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEI (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit § 86 Abs. 3 LBauO M-V) Gestaltung baulicher Anlagen Fassaden dürfen nur aus reflektionsfreien Materialien - ausgenommen davon sind Glasflächen - hergestellt werden, Für die Gestaltung der Außenwände ist die Verwendung glänzender, spiegelnder und reflektierender Materialien, wie Edelstahl, emaillien e Elemente einschließlich iesen, Verkleidungen in Faserzement, Kunststoff und Blech unzulässig. Unzulässig sind weiter kleinteiligere Baustoffe als dünnformatige Ziegel sowie Verkleidungen aus Materialien, die andere Baustoffe vortäuschen. Die Fassaden sind ausschließlich in hellem Putz oder rotem und rotbraunem Sichtmauerwerk (Klinker) auszuführen. Geputzte Wandflächen sind nur in Pastelifarben zulässig. Zur Gestaltung der Fassaden sind Holzschalungen zulässig. Die Dacheindeckung darf innerhalb des Plangebietes nur mit Reet oder in roter, rotbrauner oder brauner Hartdacheindeckung erfolgen. Die Herstellung von Gründächern ist ebenfalls zulässig. Die Summe der Längen der Dachaufbauten und -einschnitten darf maximal 1/3 der gesamten Trauflänge des jeweiligen Gebäudes betragen. Innerhalb des Plangebietes ist die Errichtung eines Bauschildes zulässig. Werbung ist nur an der Stätte der Leistung zulässig. Fremdwerbung ist auszuschließen. Beleuchte Werbeanlagen oder solche mit wechseln dem oder flimmerndem Licht sind unzulässig. Die Größe der Werbeanlagen ist auf eine Fläche von maximal 0,2 m² zu begrenzen. Das Anbringen von Automaten ist an den Fassaden der Gebäude unzulässig. Einfriedungen an Straßen sind mit einer maximalen Höhe von 1,20 m, bezogen auf die Fahrbahnhöhe der zugehörigen Erschließungsfläche, zulässig. Diese Einfriedungen sind nur zulässig als Zäune mit senkrechter Lattung, als Einfriedungen aus gemauerten Pfeilern und Zaunelementen mit senkrechter Lattung oder als Hecken. Einfriedungen aus Maschendrahtzaun sind ausschließlich an seitlichen oder an hinteren Als Befestigungsarten für Straßen, Zufahrten, Stellplätze und die Gehwege sind kleinteilige Baustoffe, wie Natursteinpflaster, Betonpflaster oder Pflasterklinker zu verwenden. Zufahrten, Stellplätze und Gehwege können auch mit wasserdurchlässigem Material, wie zum Beispiel wassergebundene Decken mit Kalksplitt, Schotterrasen, Granit- und Betonstelnpflaster mit/ ohne Rasenfugen, Drainpflaster, befestigt werden.

.2 Die zum Erhalt festgesetzten Gehölzstrukturen, wie Hecken und Einzelbäume, sind in Ihrem Bestand dauerhaft zu erhalten. Maßnahmen, le zur Beschädigung oder Zerstörung der Gehölze führen könnten, sind nicht zulässig. Bei Abgang sind die Gehölzbestände artengleich bzw.

Maßnahmenfläche (einschließliche Soll 5.900 m²) M 1: 2.500

Auf einer 5.900 m² großen Teilfläche des Flurstückes 4/2 der Flur 1 in der Gemarkung Beckerwitz ist ein Feldgehölz zu entwickein. Zur Ent-Von der Gesamtfläche sind 4.900 m² Ackerfläche aus der landwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen und der natürlichen, sukzessiven Entwicklung zu überlassen. Das im Maßnahmenbereich vorhandenen Soll mit einer Größe von 1,000 m² ist ebenfalls der natürlichen Sukzession zu überlassen. Die Maßnahmenfläche ist vollständig durch einen Wildschutzzaun einzufrieden. Im Übergangsbereich zu landwirtschaftlichen Nutzflächen ist eine 2-reihige Heckenpflanzung herzusteilen. Auf 10 % der verbleibenden Maßnahmenfläche sind Initialpflanzungen mit heim-Ischen und standortgerechten Gehölzen durchzuführen. Für die Anpflanzungen sind Heister mit einer Höhe von 150-175 cm und Sträucher mit einer Höhe von 80-100 cm zu verwenden. Im Bereich der staunässegefährdeten Flächen zwischen Soll und südlich angrenzendem Feuchtbereich sind die Initialpflanzungen mit Schwarz-Erle und helmischen Weldenarten durchzuführen. Für die höher liegenden Initialpflanzungen und die Heckenpflanzung sind folgenden Helster: Fraxinus excelsior (Gemeine Esche), Quercus robur (Stiel-Eiche), Salix alba (Silber-Weide), Sträucher: Crataegus monogyna (Ein-griffeliger Weißdorn), Crataegus laevigata (Zweigriffeliger Weißdorn), Corylus avellana (Strauch-Hasel), Euonymus europaea (Gewöhnliches Pfaffenhütchen), Prunus spinosa (Schlehe), Rhamnus frangula (Faulbaum) sowie Rosa (Strauchrosen) in Arten.

Die naturschutzfachliche Ausnahmegenehmigung für die Rodung eines Heckenabschnittes auf einer Fläche von 160 m² wurde durch die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Nordwestmecklenburg mit Auflagen gemäß Schreiben vom 05.08.2008 erteilt. Durch die getroffenen Festsetzungen des Bebauungsplanes sind die Auflagen der unteren Naturschutzbehörde beachtet.

10.2 Naturschutzgenehmigung nach § 26a Abs. 3 LNatG M-V
Die naturschutzfachliche Ausnahmegenehmigung zur Beeinträchtigung von vier Einzelbäumen an der Planstraße C wurde durch die untere
Naturschutzbehörde des Landkreises Nordwestmecklenburg mit Auflagen gemäß Schreiben vom 05.08.2008 erteilt. Durch die getroffenen
Festsetzungen des Bebauungsplanes sind die Auflagen der unteren Naturschutzbehörde beachtet.

Im Zuge eines baubegleitenden Monitorings bei der Herstellung der Erschließungsanlagen sind Auswirkungen auf die Artengruppen, Amphibien, Reptilien, Fledermäuse und Vögel, durch nochmalige Begehung zu überprüfen.

3.3 Entlang der festgesetzten Privatstraße ist die Anpflanzung von Großgehölzen (Bäume 2. Ordnung gemäß Punkt III 4 Pflanzliste) vorzu-

3.4 Die Uferstrukturen an den festgesetzten Gewässern sind zu erhalten. Im Zuge der Gewässerpflege und -unterhaltung sind Zufahrten, z.B. zum Ausbaggern, zulässig.

Für Anpflanzungen sind folgende Arten und Pflanzqualitäten zu verwenden:

Bäume 1. Ordnung-Bäume 2. Ordnung-Heister, Höhe 175/200 cm oder Hochstamm, 3xv, Stammumfang 18-20 cm 125/150 cm.

Stiel-Eiche (Quercus robur), Ahorn (Acer platanoides, Acer pseudoplatanus), Linden (Tilia) in Arten und Sorten, Gemeine Esche (Fraxinus excelsior), Weiden in Arten und Sorten (Salix alba, Salix fragilis) eld-Ahorn (Acer campestre), Hainbuche (Carpinus betulus), Eberesche (Sorbus aucuparia), Schwarz- Erle (Alnus Eingriffliger / Zweigriffliger Weissdorn (Crataegus monogyna / C. laevigata), Hasel (Corylus aveilana), Schlehe (Prunus spinosa), Gewöhnliches Pfaffenhütchen (Euonymus europaea), Faulbaum (Rhamnus frangula), Strauch-Rosen in Arten (Rosa ssp.), Strauch-Weiden in Arten (Salix ssp.), Gewöhnlicher Schneeball (Viburnum opolus).

Die innerhalb und außerhalb des Plangebietes festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzflächen werden als Sammelzuordnung allen Grundstücken bzw. Maßnahmen innerhalb des Plangebietes zugeordnet.

. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN UND HINWEISE

1. VERHALTEN BEI BODENDENKMALFUNDEN

Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmale im Lande Mecklenburg-Vorpommern (Denkmalschutzgesetz - DSchG M-V) die zuständige untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundelgentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

Der Beginn der Erdarbeiten ist der unteren Denkmalschutzbehörde zwei Wochen vor Termin schriftlich und verbindlich mitzuteilen, um zu gewährleisten, dass Mitarbeiter oder Beauftragte des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege bei den Erdarbeiten zugegen sein können und eventuell auftretende Funde gemäß DSchG Mecklenburg-Vorpommern unverzüglich bergen und dokumentieren können. Dadurch werden Verzögerungen der Baumaßnahmen vermieden.

B. VERHALTEN BEI AUFFÄLLIGEN BODENVERFÄRBUNGEN bzw. BEI FUNDEN

Sollten während der Erdarbeiten Hinweise auf Altlasten oder altlastverdächtige Flächen, erkennbar an unnatürlichen Verfärbungen bzw. Gerüche des Bodens, oder Vorkommen von Abfällen, Flüssigkeiten u.ä. (schädliche Bodenverfärbungen) auftreten, ist der Landrat des Landreises Nordwestmecklenburg als untere Abfallbehörde unverzüglich nach Bekannt werden zu informieren. Grundstücksbesitzer sind als Abfallbesitzer zur ordnungsgemäßen Entsorgung des belasteten Bodenaushubs oder Bauabfalls nach §§ 10 und 11 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-AbfG) verpflichtet.

Der Munitionsbergungsdienst (MBD) hat mitgeteilt, dass keine Hinweise auf mögliche Kampfmittel vorliegen. Aus Sicht des MBD besteht derzeit kein Erkundungs- und Handlungsbedarf. Nach bisherigen Erfahrungen ist es jedoch nicht auszuschließen, dass auch in für den Munitions bergungsdienst als nicht kampfmittelbelastet bekannten Bereichen Einzelfunde auftreten können. Aus diesem Grunde sind Tiefbauarbeiten mit entsprechender Vorsicht durchzuführen. Sollten bei diesen Arbeiten kampfmittelverdächtige Gegenstände oder Munition aufgefunden werden, ist aus Sicherheitsgründen die Arbeit an der Fundstelle und der unmittelbaren Umgebung sofort einzustellen und der Munitionsbergungsdienst ist zu benachrichtigen. Nötigenfalls ist die Polizei oder die örtliche Ordnungsbehörde hinzuzuziehen. Wer Kampfmittel entdeckt, in Besitz hat oder Kenntnis von Lagerstellen derartiger Mittel erhält, ist nach § 5 Kampfmittelverordnung verpflichtet dies unverzüglich den örtlichen Ordnungsbehörden anzuzeigen.

Alle Baumaßnahmen sind so vorzubereiten und durchzuführen, dass von den Baustellen als auch von den fertiggestellten Objekten eine vollständige und geordnete Abfallentsorgung entsprechend der Abfallsatzung des Landkreises erfolgen kann. Der Grundstücksbésitzer ist als Abfallbesitzer nach §§ 10 und 11 Krw-/AbfG zur ordnungsgemäßen Entsorgung belasteten Bodenaushubs verpflichtet. Abfälle (verunreinigter Erdaushub bzw. Bauschutt), die nicht verwertet werden können, sind entsprechend §§ 10 und 11 KrW-/AbfG durch einen zugelassenen Beförderer in einer Abfallbeseitigungsanlage zu entsorgen. Unbelastete Bauabfälle dürfen gemäß § 18 AbfAlG M-V nicht auf Deponien abgelagert werden. Sie sind wieder zu verwerten.

Werden schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) festgestellt, sind mit der zuständigen Behörde, Staatliches Amt für Umwelt und Natur Schwerin, gemäß § 13 BBodSchG die notwendigen Maßnahmen abzustimmen (Sanierungsuntersuchung, Sanierungsplanung, Sanierung bzw. Sicherung). Bei der Erfüllung dieser Pflichten ist die planungsrechtlich zulässige Nutzung der Grundstücke und das sich daraus ergebende Schutzbedürfnis zu beachten, soweit dieses mit den Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 BBodSchG zu vereinbaren ist. Für jede Maßnahme, die auf den Boden einwirkt, hat der Verursacher die entsprechende Vorsorge zu treffen, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden. Bodeneinwirkungen sind zu vermelden bzw. zu vermindern, soweit das im Rahmen der Baumaßnahmen verhältnismäßig ist. Bei der Sicherung von schädlichen Bodenveränderungen ist zu gewährleiste dass durch die verbleibenden Schadstoffe keine Gefahr oder erhebliche, nachteilige Belastung für den Einzelnen oder die Allgemeinheit er stehen. Im Falle einer Sanierung muss der Verursacher dafür sorgen, dass die Vorbelastungen des Bodens bzw. die Alt-lasten soweit entferni werden, dass die für den jeweiligen Standort zulässigen Nutzungsmöglichkeiten wieder hergestellt werden. Diese Hinweise werden allgemein-gültig dargestellt, da bisher für den Standort keine Altlasten bekannt sind. Es handelt sich lediglich um einen vorsorglichen Hinweis. 7. ZEITRAUM ZUR PFEGE, UNTERHALTUNG UND SONSTIGEN ARBEITEN AN DEN GEWÄSSERN

Die Ausführung von Pflege-, Unterhaltungs- und sonstigen Arbeiten an den festgesetzten Gewässern ist auf die Monate August bis September

Zur Minimierung der Beeinträchtigungen für Brutvögel sind während der Revierauswahl und Brutperiode (vom 01.03. bis zum 01.07.) im Plangebiet nur vorbereitende Erschließungsmaßnahmen zulässig. 9. EXTERNE AUSGLEICHSMASSNAHME

**VERFAHRENSVERMERKE** 

3. Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist beteiligt worden. Hohenkirchen, den ./// .V.3 . WV3 Hohenkirchen, den ...

i. Die Gemeindevertretung hat am 04.03.2008 den Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 mit/ Begründung

6. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie die Begründung haben in der Zeit vom 09.05.2008 bis zum 10.06.2008 während der Dienststunden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinwels, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können; dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht würden, aber hätten geltend gemacht werden können; dass in vorliegende umweltbezogene Informationen, umweltbelevante Stellungnahmen und Erhebungen (zu naturschutzfachlichen und wasserrechtlichen Belangen von Behörden und Bürgern, zur artenschutzrechtlichen Prüfung im Rahmen des Umweltberichtes, zur externen Ausgleichs- und Ersatzfäche) Einsicht genommen werden kann, durch Veröffentlichung in der "OZ" am 30.04.2008 und in den "LN" am 30.04.2008 einsüblich bekanntigemacht worden. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden wurden benachrichtigt.

10. Die 1. Änderung des Bebauungsplan Nr. 10, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 20.01.2009 von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplan Nr. 10 wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 20.01.2009 gebilligt. Hohenkirchen, den ..... 3. NVV

Hohenkirchen, den ..... eil A) und dem Text (Teil B), wurde

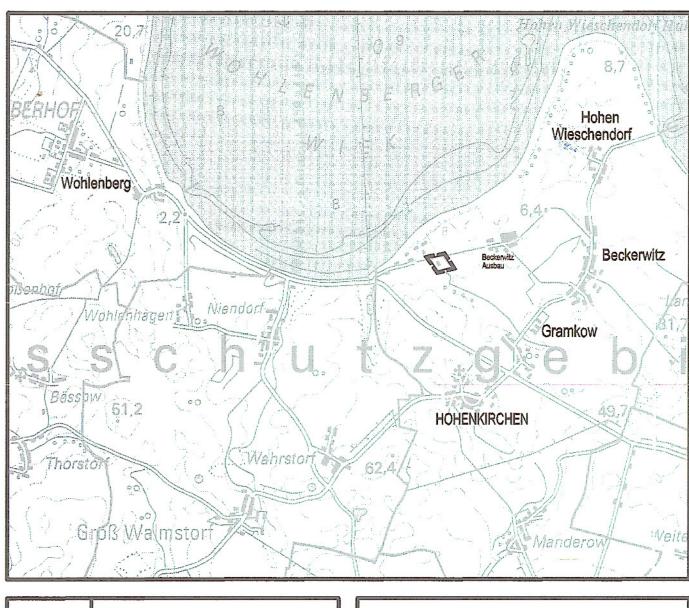
Hohenkirchen, den 01. 4. LOO Hinwelse sind beachtet. Das wurde mit Verfügung des Landrates des Landkreises Nor<u>westmecklenburg vom ....</u>

13. Die Genehmigung der Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 sowie die Stelle, bei der der Plan auf 

Hohenkirchen, den OS. 06. 2009

ÜBER DIE 1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 10 DER GEMEINDE HOHENKIRCHEN

(BEBAUUNGSPLAN NR. 10 DER EHEMALIGEN GEMEINDE GRAMKOW) FÜR DIE FERIENWOHNANLAGE "GUTSHOF BECKERWITZ"



Rudolf-Breitscheid-Straße 11 Tel. 03881/7105-0